



Mainz, 17. November 2017

Liebe Infobrief-Abonnenten,

bis in die Nacht haben wir verhandelt, seit heute Mittag sind wir wieder dabei. Ein **Jamaika-Bündnis** hat es auf Bundesebene noch nie gegeben, wir kommen mit sehr unterschiedlichen Programmatiken an den gemeinsamen Tisch. Es ist nicht einfach, die Interessen von vier Parteien unter einen Hut zu bringen. Das erfordert **Fingerspitzengefühl** auf allen Ebenen und bei allen Themen sowie **Kompromissbereitschaft** aller Beteiligten. Aktuelle Informationen zum Verlauf der Gespräche finden Sie auf der [Sonderseite der CDU](#) und wenn Sie mir bei [Twitter](#) folgen.

Integration und Abschiebung trennen - rot-grünes Versuchslabor ist gescheitert

Das bisherige Konzept der Landesregierung zum **Umgang mit straffälligen oder vollziehbar ausreisepflichtigen Flüchtlingen** ist gescheitert. Die Steuerzahler kommt das grün-rote Versuchslabor teuer zu stehen. Ab dem Jahr 2013 wurden in der **Gewahrsamseinrichtung in Ingelheim** gegen den Widerstand unserer CDU-Landtagsfraktion aus ideologischen Gründen **millionenschwere Umbaumaßnahmen vorgenommen, die der Sicherheit geschadet haben**. Die Gitter vor den Fenstern und die ausbruchssicheren Türen wurden entfernt, Mauern wurden zurückgebaut, Stacheldraht publikumswirksam vor laufender Kamera zerschnitten und beseitigt. Zudem wurden Mobiltelefone erlaubt und die Bewegungsfreiheit der Insassen vergrößert. Erklärtes Endziel war die Abschaffung der Abschiebungshaft und die Schließung der Einrichtung.

Jetzt ist die Landesregierung – wie zu erwarten war – von der Wirklichkeit eingeholt worden. **Zahlreiche Zwischenfälle** in der Einrichtung und beim Umgang mit Abschiebehäftlingen haben offengelegt, dass das Integrationsministerium mit den sicherheitsrelevanten Aspekten von Abschiebungshaft und Abschiebung sichtlich überfordert ist. Für viel Steuergeld wird nun **fast alles das, was 2013 als ‚neues Konzept‘ gefeiert wurde, wieder rückgängig gemacht**. Das ist blamabel und schadet dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik – vor allem, wenn nun so getan wird, als ob ‚alles zurück auf null‘ der große Wurf sei.

Für mich ist klar, dass **Integration und Abschiebung getrennt** werden müssen. Für Integration bleibt Frau Spiegel zuständig, aber der für die Innere Sicherheit verantwortliche Innenminister muss für Fragen der Abschiebung, die vielfach sicherheitsrelevante Implikationen aufweisen, zuständig sein.

Abschiebung und Überwachung in die Zuständigkeit des Landes

Wir wollen, dass **die Rückführung von rechtskräftig ausreisepflichtigen Personen zentralisiert** über eine Einrichtung des Landes in der Zuständigkeit des Innenministeriums erfolgt. Wir brauchen eine rechtliche Regelung, die die Zuständigkeit für Abschiebung und Bewachung in allen Fällen beim Land ansiedelt.

Bei straffällig gewordenen Asylbewerbern **müssen zudem die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden**. Das erfolgt in Rheinland-Pfalz nicht und reicht von der Unterbringung in Sammelunterkünften über die Anwendung der Wohnsitzauflage bis hin ggf. zur Abschiebung, wenn die rechtlichen Voraussetzungen nach einer entsprechenden Verurteilung vorliegen. Das gilt insbesondere für Intensivtäter, deren Rückführung in ihre Heimatländer höchste Priorität hat.

Abschiebehäftlinge müssen in der Verantwortung des Landes so untergebracht und auch bei Krankenhausaufhalten so **bewacht werden**, dass eine Gefährdung der Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Hierbei muss insbesondere auch die Personalfrage geklärt werden. D.h. die Landesregierung darf nicht nur auf private Sicherheitsdienste setzen, deren Eingriffsbefugnisse stark eingeschränkt sind. Wir brauchen gleichzeitig bei Polizei und Justizvollzug eine viel bessere und aufgabenangemessene personelle Ausstattung.

Im Übrigen reicht es nicht aus, wenn die Landesregierung die Überwachung in nicht Hochrisikofällen über 72 Stunden hinaus nur auf Wunsch der Kommunen und nur gegen Kostenerstattung übernehmen will. Hier muss die Ampel Verantwortung übernehmen und die ohnehin finanziell ausgeblutete kommunale Ebene entlasten. Die **Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist nicht die Aufgabe der Kommunen**, sondern der Landesregierung.

Erheblicher Handlungsbedarf bei Wohnungseinbrüchen

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist glücklicherweise zurückgegangen, dennoch ist sie noch erschreckend hoch. Kernproblem der rheinland-pfälzischen Sicherheitsarchitektur ist nach wie vor die **unzureichende Personalausstattung**. In keinem Land gibt es gemessen an der Einwohnerzahl so **wenig Polizisten** wie in Rheinland-Pfalz. Die entscheidenden Fehler wurden bereits vor Jahren gemacht, weil trotz wachsender Aufgaben und in Kenntnis der bevorstehenden Abgänge aufgrund von Pensionierungen **keine vorsorgende Einstellungspolitik** betrieben wurde. Selbst die nun in höchster Not vorgenommene Erhöhung der Zahl der Neueinstellungen ist nicht ausreichend und wird nicht zu einem substantiellen Personalaufwuchs führen. Zudem wird diese aufgrund der Ausbildungszeit erst

in vielen Jahren wirksam. Hier muss jetzt viel mehr getan werden, damit die Zahl der Polizeibeamten spürbar ansteigt.

Digitalisierung voran bringen

Die Ministerpräsidentin möchte **bis 2030** das gesamte Land inklusive aller strukturschwachen Gemeinden mit **Glasfaseranschlüssen erschlossen und Bandbreiten von 1000 Mbit/sec** zu Verfügung gestellt wissen. Doch aus einer Antwort auf eine Anfrage geht hervor, dass sie **keinen Plan, geschweige denn einen Überblick** hat. Sie belässt es bei Absichtserklärungen. Dabei sind die Zahlen ernüchternd. Derzeit verfügen laut TÜV Rheinland nur 2,5 Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz über FTTB/H-Anschlüsse (Glasfaser-Anschlüsse). Viele Firmen kritisieren eine schlechte Internet-Abdeckung in Gewerbegebieten. Gerade der ländliche Raum ist unterversorgt. Nach Angaben des TÜV-Rheinland belaufen sich die Gesamtkosten auf Landesebene für einen FTTB-Vollausbau auf mehr als 2,8 Mrd. Euro.

Auf die Frage, wie das Ausbauziel 2030 **mit welchen Finanzmitteln** realisiert werden soll, gibt die Landesregierung **keine Auskunft**. Stattdessen verweist sie auf eine alte, sehr unbestimmte Aussage, wonach „Netzbetreiber und das Land Rheinland-Pfalz erhebliche Investitionen in den Auf- und Ausbau glasfaserbasierter Gigabit-Infrastrukturen fließen lassen und so den notwendigen Infrastrukturwandel aktiv vorantreiben“.

Präzisere Angaben zu ihren Aktivitäten, Planungsschritten oder flankierenden, finanziellen Maßnahmen **verweigert die Landesregierung** und verweist auf eine vermeintliche Abhängigkeit „strategischer Ausrichtungen im Bund“. Damit die angestrebte Gigabit-Gesellschaft realisiert werden kann, reicht es aber nicht, nur Bund und Netzbetreiber in die Pflicht zu nehmen. Die Landesregierung steht hier selbst in der Verantwortung.

Termine:

Ich biete in wenigen Tagen wieder eine **digitale Bürgersprechstunde** an. Wir starten am **Mittwoch, 29. November**, um **17 Uhr** einen Livechat auf meiner Facebook-Seite unter facebook.com/juliakloeckner. Und so geht's: Wer auf facebook.com/juliakloeckner auf „Gefällt mir“ geklickt hat, bekommt den Videochat zur Startzeit auch in seinen Neuigkeiten zu sehen. Sie können mir ganz einfach Fragen stellen und ihre Anmerkungen und Ideen übermitteln, indem sie einen Kommentar zu dem Video schreiben. Ich werde Ihre Fragen live beantworten.

12. Biblisch- Musikalische Weinprobe

Am Samstag, den **25. November**, findet um **18 Uhr** im evangelischen Gemeindezentrum in Kirn die 12. Biblisch-Musikalische Weinprobe zu Gunsten des Fördervereins Lützelsoon e.V. und der Soonwaldstiftung statt. Fünf Winzer werden ihre besten Weine präsentieren, ich werde die dazu passenden Bibelstellen vorstellen. Die Weinprobe steht unter dem Motto „In

vino veritas“. Alle weiteren Informationen entnehmen Sie bitte dem Plakat im Anhang des Infobriefs.

Zusatzkonzert DonnaWetter und mannOmann im Kurhaus Bad Kreuznach.

Wegen des großen Zuspruches und Andrangs für das erste gemeinsame Konzert der Chöre DonnaWetter und mannOmann, waren die Karten dafür in kürzester Zeit ausverkauft. So haben sich beide Chöre für ein Zusatzkonzert entschieden. Dadurch haben noch mehr Menschen die Möglichkeit, ein gemeinsames Konzert der beiden Gruppen zu hören. Das Benefizkonzert findet am **22. Dezember 2017 ab 20 Uhr** (Einlass: 19 Uhr) im Kurhaus in Bad Kreuznach statt. Karten gibt es im Büro beim Förderverein Lützelsoon und der Soonwaldstiftung unter 06752/913850, sowie beim Wochenspiegel in Bad Kreuznach. Weitere Information finden Sie auf dem Plakat im Anhang.

Herzliche Grüße und ein gutes Wochenende!

Ihre Julia Klöckner

Wenn Sie diesen Infobrief in Zukunft nicht mehr unaufgefordert erhalten wollen, geben Sie mir bitte einfach per E-Mail Bescheid. Für den Fall, dass Sie die anhängenden Dateien nicht öffnen können, schicken Sie mir bitte eine kurze Nachricht, und ich werde Ihnen den Text in anderer Form erneut zukommen lassen.

Weitere Informationen, speziell zur Politik der Union in Rheinland-Pfalz, finden Sie auf den Internet-Seiten des Landesverbands der CDU in Rheinland-Pfalz unter www.cdurlp.de. Dort können Sie sich auch für den Newsletter der CDU Rheinland-Pfalz anmelden.

Julia Klöckner, MdL – Freiherr-vom-Stein-Straße 16 – 55543 Bad Kreuznach - Tel: 06 71/92 06 50 92 - www.julia-kloeckner.de
